

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 38 (1946)

Heft: 11-12

Artikel: Zur Einführung : Nordische Demokratie ist europäische Mission

Autor: Rimensberger, E.F.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353260>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 11/12

November/Dezember 1946

38. Jahrgang

Zur Einführung:

Nordische Demokratie ist europäische Mission

Von E. F. R i m e n s b e r g e r.

Sofort nach Kriegsschluss hat sich die «Gewerkschaftliche Rundschau» zur Aufgabe gemacht, ihre Leser wieder mit den übrigen Ländern unseres Kontinents in Verbindung zu bringen und eine Art europäische gewerkschaftliche Bilanz aufzustellen. Sie lenkte dabei ihr Augenmerk zunächst auf Fragen, die die Gewerkschaften als Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft in erster Linie interessieren müssen: Wie hat sich der gewerkschaftliche Kampf um die Löhne und Arbeitsbedingungen während des Krieges gestaltet? Welches waren die Tendenzen der Politik der Preise und Löhne unmittelbar nach Kriegsschluss? Welche Richtlinien zeichnen sich für die nächste Zukunft ab?

Gleichzeitig gab die «Gewerkschaftliche Rundschau», ohne zunächst in Einzelheiten zu gehen, einen ersten allgemeinen Ueberblick der Gewerkschafts- und Wirtschaftspolitik der Landeszentralen der verschiedenen hauptsächlich in Betracht kommenden Länder.

Die Juninummer 1945 enthielt Artikel über die Lebensverhältnisse in England beim europäischen Kriegsschluss sowie Arbeiten über die Nachkriegsprogramme der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in England und Frankreich. Die Dezembernummer 1945 berichtete darüber, wie und von was die schweizerischen Arbeiter während des Krieges gelebt haben, wie sich ihre Preis- und Lohnpolitik seit 1939 gestaltet hat, welches ihre diesbezügliche Politik in der ersten Nachkriegszeit sein wird. Auf

internationalem Gebiet ist in der gleichen Nummer die gewerkschaftliche Rundschau in Europa ergänzt worden durch Ausführungen über die « schwierige Preis- und Lohngestaltung in Holland » sowie die « Löhne in England von 1938 bis 1945 ». Durch die wörtliche Wiedergabe der Rede des amerikanischen Präsidenten Truman vom 30. Oktober 1945 über das Problem der Preise und Löhne in USA, die zum Ausgangspunkt all dessen geworden ist, was sich seither mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in den Vereinigten Staaten ereignet hat, erfolgte ein erster Blick über den Ozean. Die Februarnummer 1946 umschrieb den « Standort der Gewerkschaften Belgiens ». Bevor die grossen Staatsmänner verschiedener Kontinente (Byrnes, Churchill, Smuts) ein wenig sehr spät ihre plötzlich sehr heisse und wahrscheinlich nicht ganz uneigennützigte Liebe für das arme Europa entdeckt haben, hat die « Gewerkschaftliche Rundschau » wiederholt ernste Alarmrufe zugunsten Europas erlassen: « Was kommt nach dem Kriege? » (Juni/Juli 1942), « Für ein organisiertes Europa » (September 1943), « Europa zwischen Hammer und Amboss » (Januar 1944), usw. Was Europa betrifft, so ist abschliessend im Aprilheft 1946 in einer ausführlichen Arbeit « Wirtschaftliche Organisation oder Untergang Europas? » nicht lediglich über das gepeinigte Europa und sein politisches Los gemurmelt, sondern es ist in allen Einzelheiten dargestellt worden, wie Europa wirtschaftlich organisiert werden könnte: denn ohne wirtschaftliche Organisation gibt es auch kein politisches oder sonstiges Europa!

Dem « Umbruch in Frankreich » ist die Mainummer 1946 gewidmet worden, ferner sind die weiteren Entwicklungen in diesem Lande sowie in Belgien und Holland Gegenstand von Artikeln in der Juni- und der Juli/Augustnummer geworden (Juni-Nummer: « Preis, Lohn und Politik in Frankreich », « Die Kirchen und die Gewerkschaften in Holland »; Juli/Augustnummer: « Das belgische Experiment der Deflation », « Die soziale Sicherheit in Belgien », « Aufrüstung der Haushaltungen der Werktätigen Belgiens »). Der Rundgang durch die uns am nächsten liegenden Länder ist abgeschlossen worden durch das Oesterreich gewidmete Juniheft (« Oesterreich und das Schicksal Europas », « Das wirtschaftliche Chaos in Oesterreich », « Einheitsgewerkschaften in Oesterreich », « Die wirtschaftlichen Forderungen der österreichischen Gewerkschaften », « Oesterreich am Scheidewege ») sowie die Oktobernummer: « Verantwortungen gegenüber Deutschland », « Der Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften ».

Zusammenfassend ist im Septemberheft der Versuch gemacht worden, aus dieser allgemeinen Rundschau erste Schlussfolgerungen zu ziehen, das heisst festzustellen, welche Tendenzen der Krieg auf wirtschaftlichem und

sozialpolitischem Gebiet in den einzelnen Ländern gebracht hat. Wir sind uns dabei bewusst geworden, dass sich in allen Ländern im Zusammenhang mit den schweren Aufgaben des Aufbaus, das heisst im Hinblick auf die bewusst herbeigeführten oder infolge der schwierigen Umstände unumgänglich gewordenen planwirtschaftlichen Versuche die Frage stellt, ob sich vielleicht infolge struktureller Änderungen eine neue Politik der Gewerkschaften aufzwingt, ob sie Grund und Anlass haben könnten, einen Teil ihrer Freiheiten, die sie aus liberalem Gedankengut heraus im Zeitalter des Liberalismus erworben haben, aufzugeben oder einzuschränken. Der Beantwortung dieser Frage im europäischen Massstabe ist der erste Artikel der besagten Septemhernummer der «Gewerkschaftlichen Rundschau» gewidmet worden: «Selbständige Gewerkschaften im liberal-kapitalistischen Parteienstaat!».

Ein zweiter Artikel («Gefährdete Freiheit») erfasst das Problem auf einer höheren Ebene. An Hand des äusserst bedeutungsvollen Buches von Bertrand de Jouvenel, «Du Pouvoir» (Ueber die Staatsmacht), wird untersucht, ob die Freiheit vielleicht nicht nur vorübergehend durch den Faschismus in Gefahr geraten ist, sondern ganz allgemein in Gefahr gerät durch die wachsenden Aufgaben und damit die wachsende Macht des Staates: auch des demokratischen Staates!

In beiden Artikeln wird die Rolle der Gewerkschaften als ausserhalb des Staates und der Politik stehender Organe gekennzeichnet, die dazu berufen sein können, bei dieser Entwicklung regulierend und ausgleichend aufzutreten.

Bei der Besprechung des Buches von Erich Fromm über die «Furcht vor der Freiheit» werden vom Verfasser des zweiten Artikels auch die psychologischen und philosophischen Seiten des Freiheitsproblems in ihrer Entwicklung seit dem Mittelalter aufgedeckt.

Das Problem der wirtschaftlichen Freiheit, bzw. des Masses ihrer Einschränkung in einer Welt, die nur zu einem höheren Lebensstandard kommen kann durch den weitestgehenden Austausch aller ihrer Güter, ist das Problem des Augenblicks. In den genannten zwei Artikeln der Septemhernummer der «Gewerkschaftlichen Rundschau» ist der gegenwärtige Stand dieses Problems, soweit es die Gewerkschaften und den Menschen berührt, im weitem Rahmen des Themas «Gewerkschaften, Staat und Politik» behandelt worden. Wir sind dabei zum Schluss gekommen, dass, wenn auch in einzelnen Ländern die Arbeiterschaft weitgehend im Staate vertreten ist oder

sich bereits mehr oder weniger mit ihm identifizieren darf, unsere Welt alles in allem doch noch eine liberal-kapitalistische Welt des « freien Spiels der Kräfte » ist und die Gewerkschaften deshalb in diesem Spiel auch heute noch prinzipiell an ihren Freiheiten festzuhalten haben, und zwar auch dann, wenn sich die Arbeiterschaft da und dort angesichts der besonderen Umstände zu teilweisen Freiheits Einschränkungen und zur Uebernahme « höherer Verantwortungen » bereit erklären kann. Im letztern Fall muss im einzelnen genau untersucht werden, ob sich schon heute in den Beziehungen von den Arbeitern zu den Arbeitgebern und beider zusammen zum Staat — und umgekehrt! — neue Organe geltend machen, bzw. ob sie nötig werden.

Sie im einzelnen aufzudecken und darzustellen hat sich die « Gewerkschaftliche Rundschau » seit langem vorgenommen. Wir sind uns bewusst, dass wir damit eine wichtige nationale Aufgabe erfüllen und dass diese heute ganz besonders aktuell ist, da weite Kreise in der Schweiz meinen, wir leben im besten aller Staaten oder könnten auf alle Fälle die uns umringenden Länder, die sowieso im Umbruch stehen, auf einschlägigen Gebieten die nötigen Erfahrungen für uns machen lassen. Es gibt jedoch keinen besten aller Staaten, und die Schweiz hat, gerade weil sie zu den « ältesten Demokratien » gehört, alle Ursache, in der sich bildenden neuen Welt, in welcher sie mit unverminderter geistiger und materieller Substanz steht, nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Wir werden jedoch in unseren Bestrebungen auch von internationalen Erwägungen, von internationalen Aufgaben geleitet, und zwar deshalb, weil, wie uns kürzlich ein Freund aus dem Auslande — er ist nicht der einzige! — geschrieben hat, die « Gewerkschaftliche Rundschau » in Europa die einzige gewerkschaftliche Zeitschrift ist, die — hoffentlich darf man dies noch sagen und braucht man sich dessen nicht zu schämen! — in den zwei Hauptsprachen des Kontinents erscheint: in französischer und in deutscher Sprache. « Die ‚Gewerkschaftliche Rundschau‘ bringt », so schreibt unser Freund unter anderem, « vor allem auch Artikel über aktuelle Fragen und über die Lage der Gewerkschaften in Ländern, von denen für uns schwer etwas zu erfahren ist — sie hat auch aus diesem Grunde eine europäische Mission. »

Dass dem so ist, konnten wir gerade damit beweisen, dass wir uns vorgenommen haben, eine Sonder- und gar eine Doppelnummer der « Gewerkschaftlichen Rundschau » den nordischen Ländern zu widmen, denn die nordische Mission ist selber eine europäische Mission. Es ist auch kein Zufall, dass wir unsern ersten Rundgang durch Europa mit dieser Nummer beschliessen. Denn wir wollen damit gleichzeitig im einzelnen un-

sere Untersuchungen über Ansätze zu neuen Formen des Zusammenseins und des Zusammenwirkens der arbeitenden Menschen eröffnen. Als uns die vergangenen deutschen Machthaber in marktschreierischer Weise den Kopf voll machten mit Ausführungen über die Leistungen der «nordischen Rasse» und die «Segnungen des nordischen Wesens», wussten wir allzeit, dass dies insofern zutrifft, als damit vor allem das Wollen der in vornehmer Bescheidenheit wirkenden «wahrhaft nordischen» Völker Skandinaviens in Frage kommt. Wenn wir dieses Wirken als beispielhaft bezeichnen, sind wir uns auch bewusst, dass es sich nicht nur um Menschen und Länder handelt, die nun einmal zufällig ideologisch weiter gehen als andere Menschen und andere Länder, sondern dass dabei auch die Mentalität dieser Menschen und Länder eine grosse Rolle spielt, das heisst Eigenschaften, die sich nicht leicht schaffen lassen, sondern angeboren sein oder im Laufe langer Zeiten und Erfahrungen erworben werden müssen.

Darauf ist ohne Zweifel zurückzuführen, dass das im Artikel «Selbständige Gewerkschaften im liberal-kapitalistischen Parteienstaat» (Nr. 9) aufgestellte Postulat der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften auch gegenüber der Politik im Falle der nordischen Länder plötzlich keine Geltung mehr zu haben scheint. Wenn zum Beispiel das schwedische Wirtschaftsprogramm von den Gewerkschaften und der sozialistischen Partei gemeinsam aufgestellt und durchgeführt wird, während die dänischen Gewerkschaften auf die Aufstellung eines eigenen Wirtschaftsprogramms verzichten, so kommt darin nicht etwa irgendeine Gegensätzlichkeit in Auffassung und Taktik zum Ausdruck, sondern im Gegenteil die Uebereinstimmung trotz der verschiedenen Form. Diese Uebereinstimmung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass man es in beiden Fällen mit einem ganz besonderen Menschenschlag zu tun hat, mit Leuten, denen praktische Resultate wichtiger sind als ausgeklügelte Worte. Es tritt in diesem Verhalten jene Toleranz, jene komplementäre, sich gegenseitig ergänzende Einstellung, jene «höhere Menschlichkeit» in Erscheinung, durch die die ganze Kultur und Zivilisation der nordischen Länder gekennzeichnet werden. Es sind jene Eigenschaften, die einem beim Auftreten und Verhalten der skandinavischen Delegationen auf internationalen Tagungen jedesmal wieder in Erstaunen setzen und einem so angenehm berühren.

Auf Grund dieser Einstellung können sich — dies ist die Forderung der Uebergangszeit, das Problem unseres Jahrhunderts! — Zwang und Freiheit leicht vermählen. So können sich ohne Zeitverlust und ohne politisch und ideologisch lähmende Erscheinungen jene «Lösungen der Mitte» ergeben, die wir

im Westen Europas alle suchen und die sich meistens deshalb nicht einstellen, weil wir Worte klauben und Haare spalten, was in einigen Fällen zu einer direkten Gefährdung des demokratischen Ideals führen kann. Denn dieses Ideal sollte sich nach diesem Kriege schnell und überzeugend bewähren. Es sollte seine Exponenten in allen Ländern veranlassen, ihre Zeit nicht mit Partei-, Regierungs- und andern Krisen zu verlieren!

Die nordischen Länder sind die Vorkämpfer der sogenannten « freiheitlichen Lösungen » des Zusammenlebens der arbeitenden Menschen und der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Sie haben es auf diesem Gebiet bis jetzt am weitesten gebracht. Man ist dabei der letztendlichen Zielsetzung und Zielerreichung, das heisst der « wirtschaftlichen Organisation in der Freiheit » so sicher, dass man sich gelegentlich einmal, ohne einen Sturm der Orthodoxie zu riskieren, sogar die Preisgabe einiger Freiheiten leisten kann. Aus dieser Sachlage und aus dieser Mentalität heraus ist es zu deuten, dass zum Beispiel in einem Artikel über Dänemark, wo man ganz besonders auf die menschliche Freiheit und die Freiheit der Gewerkschaften bedacht ist, der Verfasser — ein hochverantwortlicher Funktionär! — die Forderung auf Planwirtschaft wie folgt umschreiben kann: « Die dänischen Gewerkschaften fordern unter anderem Planwirtschaft und eine gerechtere Verteilung des Einkommens. Sie sind der Ansicht, dass lieber einige wirtschaftliche Freiheitsbegriffe geopfert werden müssen, als dass man wieder in einen Zustand zurückkehrt, wo ein Teil der Bevölkerung ohne Beschäftigung ist. Sie fordern daher Planwirtschaft als Vorbedingung voller Beschäftigung. Ihre Bestrebungen sind darauf gerichtet, die Mitwirkung der Arbeiterschaft zur Erzielung einer rationelleren Produktion in praktischer Form und auf demokratischer Grundlage zu sichern. Sie wollen das Ihrige tun, um alle guten Kräfte für die Schaffung der bestmöglichen Lebensverhältnisse für das ganze Volk zu vereinigen ».

Die teilweise Einschränkung der Freiheit dort, wo es im Interesse der Allgemeinheit und damit auch der Arbeiter gegeben erscheint, und andererseits die peinliche Wahrung der Freiheit in grundsätzlichen Fragen könnte mit Dutzenden von Beispielen aus allen in dieser Nummer berücksichtigten Ländern belegt werden, gleichviel, ob es sich dabei um das Schlichtungswesen, die Produktionsausschüsse, die Wirtschaftsräte, usw. handelt. Die nachfolgenden Artikel sind ein wahrer Strauss von Synthesen von Zwang und Freiheit. Bei ihrer Aufzählung muss allerdings als wichtiger Faktor in Betracht gezogen werden, dass in den betreffenden Ländern Freiheitsbeschränkungen deshalb angenommen oder in Kauf genommen werden können, weil

es sich eben dabei um ganz besondere Staatswesen und Regierungen handelt. Sie sind Garanten dafür, dass diese teilweisen Freiheitsbeschränkungen der Staatsbürger nicht zu prinzipiellen Freiheitsmissbräuchen von oben führen. Es handelt sich um Regierungen, die tatsächliche Links- oder reine Arbeiterregierungen sind, um Menschen, in denen die gleichen Voraussetzungen einer besondern Mentalität lebendig sind, auf die wir bereits aufmerksam gemacht haben. Endlich muss vor allem auch der Umstand der hochprozentigen gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter der skandinavischen Länder hervorgehoben werden, der natürlich seinerseits wieder auf die erwähnte Mentalität zurückgeführt werden kann. Sie hat bewirkt, dass man zum Beispiel in Dänemark und Schweden nicht — wie heute in England oder in den USA — über die «Zwangsgesetzgebung» und die «Vergewaltigung der Freiheit» bei der Erzielung der vollen gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter zu debattieren braucht. Sie ist gegeben, weil sich die Arbeiter aus besagter Mentalität heraus, aus eigenem Willen und ausgesprochenem Solidaritätssinn zur weitgehenden oder gar vollen gewerkschaftlichen Organisation entschlossen haben!

*

Zur Ergänzung der Ausführungen über die andern europäischen Länder wird in den nachstehenden Artikeln auch der Stand des Problems der Preise und Löhne in den nordischen Ländern dargelegt. Insbesondere aber wird im Sinne unserer bereits erwähnten Absicht, die ersten Ansätze einer neuen und bessern Ordnung aufzuzeigen, dem Problem der sogenannten «industriellen Demokratie» (Produktionsausschüsse, Schlichtungswesen, usw.) ein breiter Raum gewährt.

In dieser Beziehung muss einleitend gesagt werden, dass Skandinavien auf dem Gebiet der Schaffung von Organen der direkten Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, des Mitspracherechts der Arbeiter in den Betrieben, in der Wirtschaft im allgemeinen und innerhalb des Staates nicht allein steht und dass solche Bestrebungen auch international nicht neu sind. Sie nahmen in den verschiedenen Ländern schon nach dem ersten Weltkrieg ihren Anfang durch die Schaffung von Betriebsräten, die Forderung auf Einführung nationaler Wirtschaftsräte, usw.

Alle diese Forderungen erhalten jedoch heute eine neue Bedeutung durch grundlegende Änderungen in Staat und Wirtschaft. Nach dem ersten Weltkrieg standen noch vorwiegend politisches Geschehen und politische Forderungen im Vordergrund. Die «politische Demokratie» fand ihre letzten Erfüllungen in Staaten mit vorwiegend politischer Zweckbestimmung, die überdies, abgesehen von einer fortschrittlichen Sozial-

politik, nicht von einem neuen Geist getragen waren. Forderungen zugunsten der «Wirtschaftsdemokratie» und der «industriellen Demokratie» waren noch vorwiegend theoretischer Natur, weshalb denn auch die da und dort zustande gekommenen Organe wirtschaftlichen Charakters ohne grosse Bedeutung blieben und oft in der Luft hingen. Der nationale Wirtschaftsrat, wie er zum Beispiel in Deutschland bestand, war nicht eine Fortsetzung und Erfüllung artverwandter Institutionen an der Basis der Wirtschaft. Betriebsräte oder höhere Einheiten wie die in der Schweiz geforderten Berufsgemeinschaften konnten damals noch nicht einen übergeordneten Sinn erhalten, da sie über betriebspatriarchalische Aufgaben gar nicht hinauskommen konnten und es oft nicht einmal wollten (siehe zu diesem Thema unsern in der Augustnummer 1941 veröffentlichten Artikel «Von der Berufsgemeinschaft zur Ordnung der Wirtschaft» sowie die andern Arbeiten dieser dem Problem der Berufsgemeinschaft gewidmeten Nummer der «Gewerkschaftlichen Rundschau», ferner in der Dezemberrnummer 1943 «Burgfrieden und Berufsgemeinschaft» von Jean Möri sowie unseren in der Februarnummer 1944 wiedergegebenen Artikel «Um die Betriebs- und Berufsgemeinschaft»).

Heute müssen alle diese Bestrebungen und Institutionen neu durchdacht und gewertet werden. Eine Institution, die vielleicht in einem liberal-kapitalistischen Staat von nicht allzu grosser Bedeutung und Wirkung ist, kann sehr bedeutungsvoll und sehr wirkungsvoll werden, wenn sie in einem Lande geschaffen wird, das eine mehr links orientierte oder eine volle Arbeiterregierung hat. Dies gilt zum Beispiel gerade für die Produktionsausschüsse in Schweden und Norwegen. Andererseits ist es möglich, dass an sich äusserst fortschrittliche und weitgehende Einrichtungen in einem Staat letztendlich nicht allzu grosse Bedeutung erhalten können, weil seine Regierung im übrigen eindeutig von kapitalistischen Mächten getragen wird. Dies gilt vielleicht — um das neueste Beispiel zu nehmen — für die an sich erstaunliche Einrichtung, dass in das Arbeitsministerium in den USA als «Vertreter der führenden Kreise der Arbeiterwelt» und im Interesse der «Herbeiführung eines bessern Einvernehmens in den eigenen Reihen» je ein offizieller Vertreter des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes und der CIO (des Verbandes für Industrieorganisationen) sowie ein internationaler Sachberater aufgenommen worden sind, und zwar in der hohen Eigenschaft von Unterstaatssekretären.

Je nach der Atmosphäre und den besondern politischen und wirtschaftlichen Umständen muss deshalb, wie dies in dieser Nummer bei den nordischen Ländern geschieht, in jedem einzelnen Fall geprüft werden, welches die Voraussetzungen und Gegebenheiten sind. Betriebsräte, wie sie nun in den verschiedensten Ländern gefordert oder eingeführt werden

(Holland, Belgien, Frankreich, Oesterreich, Tschechoslowakei, usw.), haben heute von Land zu Land eine ganz verschiedene Bedeutung, je nach dem politischen und wirtschaftlichen Stand dieser Länder, das heisst je nach dem tatsächlich vorhandenen Einfluss der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft.

Unsere Leser werden gebeten, die nachfolgenden Ausführungen über die Einrichtungen in den nordischen Ländern von diesem Gesichtspunkte aus und in diesem Sinne zu betrachten und zu bewerten. Sie werden dabei feststellen, dass die nordischen Länder auch auf diesem Gebiet wieder einmal, ohne darüber viel Aufhebens zu machen, Hervorragendes leisten und für die ganze internationale Gewerkschaftsbewegung gute Beispiele geben, für die wir ihnen dankbar sein dürfen.

Die nordischen Länder betätigen mit ihren von einem neuen Geist getragenen Versuchen eine gute Tradition. Sie sind jener Aufgaben würdig, die den Kleinstaaten zugemessen sind und über die unser grosser Lehrer Jakob Burckhardt in seinen « Weltgeschichtlichen Betrachtungen » unter anderem gesagt hat:

Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatsangehörigen Bürger in vollem Sinne sind...» «Denn der Kleinstaat hat überhaupt nichts als die wirkliche tatsächliche Freiheit, wodurch er die gewaltigen Vorteile des Grosstaates, selbst dessen Macht, ideal aufwiegt; jede Ausartung in die Despotie entzieht ihm seinen Boden, auch die Ausartung in die Despotie von unten, trotz allem Lärm, womit er sich dabei umgibt.»

Damit wird dem Kleinstaat in einem Europa, wo grosse Staaten — Frankreich, Italien, Deutschland — in hektischen Verkrampfungen um neue Formen ringen, auch eine beispielgebende kollektive Mission erteilt. An dieser Mission sollte sich auch die Schweiz beteiligen. Gerade weil sie unversehrt und deshalb gesund und widerstandsfähig ist, sollte sie in der Entdeckung und Beackerung von Neuland auch besonders aktiv sein. Wir möchten dies insbesondere jenen in Erinnerung rufen, die jeden frischen Wind, jeden Versuch, der irgendeine Unabwägbarkeit mit sich bringen könnte, vermeiden wollen und alles ablehnen, was neu und anders ist.